

TÜRKEI

Zwischen Arabischer Liga und Nato

Als Nato-Mitglied und islamisches Land befindet sich die Türkei in einer prekären Lage. Die Rolle des Vermittlers kann Ankara kaum übernehmen.

"Verkauft unsere Soldaten nicht", forderten die türkischen Zeitungen vor zwei Wochen, als das Parlament der Regierung erstmals die Erlaubnis erteilte, die Armee künftig auch im Ausland einzusetzen. Die Debatte um eine mögliche Beteiligung an der "Anti-Terror-Allianz" hat die türkische Öffentlichkeit polarisiert, auch die außenpolitischen Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Die Vereinigten Staaten begrüßten umgehend den Beschluss, während sich der türkische Außenminister Ismail Cem wenige Tage später auf dem Treffen der islamischen Staaten und der Arabischen Liga in Doha, der Hauptstadt Katars, isoliert sah. In der Liga sitzt die Türkei als islamisches Land und treuer Nato-Partner zwischen allen Stühlen.

Vor den Vertretern der 57 Staaten erklärte Cem, dass der Terrorismus, auch wenn er sich auf den Islam beruft, unerbittlich bekämpft werden müsse. Viele Zuhörer empfanden die Rede als schulmeisterliche Belehrung auf einer Konferenz, auf der es doch darum gehen sollte, eine gemeinsame Position angesichts der US-Militärschläge gegen Afghanistan zu formulieren.

Treuer Bündnispartner

Insgeheim träumt Ankara von einer Vermittlerrolle zwischen den arabischen Ländern und den USA sowie der EU. Doch schon allein wegen der geheimdienstlichen und militärischen Kooperation mit Israel ist das Land für eine solche Rolle ungeeignet. Ismail Cem betonte in Doha zwar, dass sich die militärischen Aktionen unter Führung der USA auf Afghanistan beschränken sollten. Alle Konferenzteilnehmer wussten allerdings, dass ein möglicher Angriff auf den Irak von den türkischen Militärbasen ausgehen würde.

Ankara befindet sich in einer Zwickmühle. Die türkische Regierung hatte den USA nach den Anschlägen vom 11. September spontan ihre volle Unterstützung zugesagt und zöge dieses Angebot auch im Falle eines Angriffs auf den Irak nicht zurück. Eine lang andauernde Offensive in Afghanistan oder eine Ausweitung des Konflikts auf irakisches Gebiet liegt jedoch sicherlich nicht im Interesse der Türkei.

Das Land erlebt derzeit die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahren mit einer Hyperinflation, Massenentlassungen sowie zahlreichen Firmen- und Bankenpleiten. Eine noch größere Instabilität würde den Handel mit den Nachbarn

empfindlich stören, aber auch die Bereitschaft ausländischer Investoren, in der Region überhaupt noch etwas zu riskieren. Ganz zu schweigen von den Kosten, die entstünden, falls die Streitkräfte sich aktiv an einem militärischen Einsatz beteiligten.

Hinzu kommt, dass der US-Militäreinsatz in der Öffentlichkeit nicht populär ist. Besonders die Islamisten sehen in den US-Militärschlägen nur eine Vergeltungsmaßnahme, die sich gegen die afghanische Zivilbevölkerung richte. In der Türkei ist zudem der Golfkrieg noch gut in Erinnerung, als im Irak nicht ein Diktator entmachtet wurde, sondern vor allem Zivilisten starben. Jetzt fürchten viele, dass sich der Konflikt zu einem Krieg im Nahen Osten ausweiten könnte. Gerüchte in der amerikanischen und internationalen Presse, dass sich Anhänger Osama bin Ladens auch im Nordirak aufhalten, verstärken diese Sorge.

Seit Beginn der neunziger Jahre, als die USA versuchten, die nordirakische kurdische Opposition gegen Saddam Hussein einzusetzen und damit kläglich scheiterten, betrachtet Ankara die amerikanischen Aktivitäten in der Region mit Sorge. Nachdem Bagdad überraschend Truppen in den Nordirak einmarschieren ließ, mussten Tausende einheimische CIA-Agenten über die Türkei evakuiert werden. Seitdem fürchtet Ankara, dass die USA einen kurdischen Satellitenstaat im Nordirak installieren möchten, der dort eine ähnliche Rolle übernehmen könnte wie die Nordallianz in Afghanistan.

Staatlich tolerierter Schwarzmarkt

Eine solche Entwicklung würde essenzielle türkische Interessen gefährden. Denn bislang ist die Türkei die Hegemonialmacht und sichert die Außengrenzen der Nato gegen die

Nachbarn Syrien, Irak und Iran. Dafür wird im westlichen Bündnis toleriert, dass der gesamte türkische Südosten militarisiert ist, die kurdische Minderheit dort systematisch vertrieben wurde und der Rest unter Notstandsgesetzen gehalten wird.

Gleichzeitig soll in der Region wieder ungestört Handel betrieben werden, wie er jetzt schon, allerdings auf illegale Weise, stattfindet. Unter Umgehung des UN-Embargos wird Öl aus dem Irak in großen Mengen über die nordirakische Grenze in die Türkei geliefert, ebenso profitiert der türkische Schwarzmarkt von Waffen- und Drogenschmuggel. Trotz aller diplomatischer Kritik betrachtet Ankara diese Geschäfte als gerechtfertigte Entschädi-

gung für die wirtschaftlichen Einbußen infolge des Golfkrieges.

Doch um die marode Wirtschaft und den überschuldeten Staatshaushalt zu sanieren, reichen auch die Einnahmen auf dem Schwarzmarkt bei weitem nicht aus. Ankara ist daher mehr denn je auf Kredite des IWF und privater Banken angewiesen und wird es sich mit Washington nicht verscherzen können.

Gegenüber der Bevölkerung rechtfertigte die türkische Regierung ihre Zugeständnisse an die USA, die zum Teil ihren eigenen Interessen widersprechen, mit einem Hinweis auf die erfolgreiche Bekämpfung der PKK. Die Nachrichtensender wurden in den vergangenen Wochen nicht müde, darauf hinzuwei-

sen, dass die USA jetzt auf die Hilfe des im Anti-Terror-Kampf erprobten Nato-Partners Türkei angewiesen seien. Zudem habe in der Vergangenheit nur die Türkei die Gefahr des internationalen Terrorismus erkannt und sei entsprechend konsequent gegen ihn vorgegangen.

Ein zynisches Resümee angesichts eines über 15 Jahre lang geführten Krieges gegen die PKK, der etwa 60 000 Todesopfer gefordert und den Südosten des Landes in einem katastrophalen Zustand hinterlassen hat. In Ankara weiß man auch nur zu gut, wie gefährlich die Teilnahme an einem solchen Feldzug wäre. Die Funktion eines Brückenkopfes für US-Militäreinsätze garantiert zwar die Anerkennung der Nato, gefährdet aber die Rolle der Türkei als Regionalmacht.

Sabine Küper-Basgöl

Sabine Küper-Basgöl ist freie Journalistin und lebt in Istanbul. Für die woxx berichtete sie Anfang Juni über die Wirtschaftskrise und den Hungerstreik von Gefangenen in der Türkei.



Ein Transportflugzeug des Typs C-17 der US Air Force fliegt über eine Moschee in Incirlik, der US-Basis-Station in der Türkei. (Foto: Epa)